

Chronik des Tages.

— Einer Havasmeldung zufolge will die Völkerverkonferenz die Militärkontrolle in Deutschland vorläufig noch nicht dem Völkerbund übertragen.

— Polen erklärt, nach dem Haager Schiedsspruch zur Rückgabe der Stickstoffwerte Chorzow nicht verpflichtet zu sein.

— In Berlin ist eine französische Delegation eingetroffen, die über eine Ergänzung des vorläufigen Handelsvertrags mit Deutschland verhandeln will.

— Der englische König hat einen Erlass unterzeichnet, durch den der wegen des Bergarbeiterstreiks verhängte Ausnahmezustand um vier Wochen verlängert wird.

— Eugene B. Debs, der älteste Führer der amerikanischen Sozialisten und mehrfacher Präsidentschaftskandidat, ist im Alter von 71 Jahren gestorben.

Noch immer Entwaffnung.

Die Pariser Völkerverkonferenz macht wieder einmal von sich reden. Am letzten Mittwoch traten die alliierten Völkerverkonferenz im französischen Außenministerium unter dem Vorsitz von Jules Cambon zu einer Sitzung zusammen, in der man sich wieder einmal mit der „Entwaffnung“ Deutschlands beschäftigte. Wie die Agentur Havas berichtet, wurde eine Anzahl von Berichten der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin zur Kenntnis genommen. Die Berichte behandelten verschiedene Punkte, in denen die Kontrollkommission weiterhin der Ansicht sei, daß sie von der deutschen Regierung „noch nicht befriedigt“ worden sei. Es handelte sich insbesondere um die Organisation des Oberkommandos, hinsichtlich dessen übrigens der Rücktritt des Generals von Seeckt und die von seinem Nachfolger angenommenen Direktiven tatsächlich einige Beruhigung gebracht hätten. Die illegalen Rekrutierungen, die zur Demission des Generals Seeckt geführt hätten, beschäftigten ebenfalls die Konferenz. Es handelte sich um die Herstellung und die Ausfuhr von Kriegsmaterial, die Organisation der Polizei, die Veräußerung gewisser militärischer Gebäude, die Befestigung von Königsberg, die sog. Sportverbände, die in Wirklichkeit militärische Ziele verfolgten. Erst wenn die Kontrollkommission der Völkerverkonferenz mitgeteilt habe, daß sie in allen diesen Punkten befriedigt worden sei, werde die Völkerverkonferenz den Völkerbund eruchen können, die Aufgaben der Militärkontrolle in Deutschland zu übernehmen, wie dies in Locarno ins Auge gefaßt worden sei.

Wenn sich diese Entscheidung der Völkerverkonferenz mit der Auffassung der alliierten Regierungen deckt, — woran zu zweifeln man zunächst keinen Anlaß hat —, dann kann man nur feststellen, daß Deutschland wieder einmal recht gründlich in seinen Erwartungen enttäuscht worden ist. Bei der letzten Völkerverkonferenz in Genf bestand zwischen den deutschen und alliierten Vertretern Übereinstimmung darüber, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission in Berlin sofort nach Aufräumung der letzten Streitfragen aufgehoben und die weitere militärische Überwachung Deutschlands dem Völkerbund übertragen werden sollte. Eine Einigung über die wenigen Streitpunkte konnte, so sagte man sich, in kürzester Frist erzielt werden, jedoch auch die vereinbarten Folgen über das Aufheben der Militärkontrolle ohne weiteres in Kraft treten würden. Die französischen Militärs haben es jedoch, wie schon so oft, auch diesmal wieder verstanden, die Pläne der Politiker zu durchkreuzen. Zwar liegt der amtliche Wortlaut des Völkerverkonferenzbeschlusses an den Berliner zuständigen Stellen noch nicht vor, aber aus der Fassung der Havas-Meldung geht hinreichend hervor, daß alle die „ollen Kamellen“, die durch den endlosen Notenwechsel hinreichend geklärt zu sein schienen, immer wieder ausgewirmt werden sollen. Nach deutscher Ansicht ist die Frage des Oberbefehls über die Reichswehr durch die Unterstellung des Chefs der Heeresleitung unter den Reichswehrminister endgültig gelöst. Die kürzlich erfolgten Anfragen haben sich als unberechtigt erwiesen, da auch die Gegenpartei zugeben mußte, daß die Juli-Note der Interalliierten Militärkontrollkommission auf einem Irrtum beruhte. Seitdem sind keine Beanstandungen erfolgt. Auch über die Herstellung von Kriegsmaterial und über die Frage des Waffenhandels sind so viele Noten gewechselt und so viele Erklärungen abgegeben, daß die Sachlage auch durch ein weiteres Verbleiben der alliierten Kontrollorgane auf ihren einträglichen Berliner Posten nicht weiter geklärt werden kann.

Aller Voraussicht nach wird die Völkerverkonferenz Gelegenheit nehmen, der deutschen Regierung ihren Standpunkt durch eine neue Note mitzutellen. Sollte die Völkerverkonferenznote tatsächlich, wie die Havasmeldung vermuten läßt, die Entscheidung enthalten, daß die Militärkontrolle über Deutschland vorläufig noch nicht dem Völkerbund übertragen werden soll, dann dürfte dies auf die künftige Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen von größtem Einfluß sein. Man kann nun einmal nicht eine Politik der Verständigung treiben und auf der anderen Seite sich eine Verewigung der Militärkontrolle gefallen lassen. Eins schließt das andere aus. Eine wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland ist nur möglich, wenn der Weg von Thoiry folgerichtig weiter verfolgt wird, und alle Hindernisse, unter denen neben der Aufrechterhaltung der Befragung des Weiterbestehen der alliierten Militärkontrolle in Berlin mit das größte ist, beseitigt werden. Die Kontrollkommission muß vom deutschen Boden verschwinden, sonst sind alle Verständigungsverhandlungen umsonst.

Freiheit im Wirtschaftsverkehr!

Die Tagung der Internationalen Handelskammer.

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer ist in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten, die mit einem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Allan Anderson eröffnet wurde.

Rebner bezeichnet den Handelsverkehr unter den Völkern als beherrschenden Faktor, um das Los der Menschheit zu bessern. Er verdiene, nicht behindert zu werden. Das erste aller Handelsabemmissungen sei das

Fehlen einer stabilen Währung. Gleich dahinter komme die Abhängigkeit der Staaten untereinander. Der Völkerverkonferenz gibt dann eine kurze Uebersicht über die Wirtschaftslage der einzelnen Länder, und erwähnt dabei die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland.

Die Denkschrift für den Völkerbund.

Nach dem Schluß der Sitzung wurde eine Mitteilung herausgegeben, in der gesagt wird, daß die von dem Verwaltungsrat und dem Ausschuss für die Befestigung der Handelsverträge gefaßten Beschlüsse in Form einer Denkschrift der Internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes unterbreitet werden sollen. Die Denkschrift legt die Heilmittel dar, die notwendig sind, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden. Darin wird gefordert:

Freiheit der Häfen, Abschaffung der Flaggenvorrechte, Beseitigung aller Zoll-, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für den Handel mit Rohstoffen, Vereinfachung der Verkehrsformalitäten, Abschaffung der Passvisa, rechtliche Gleichstellung der Ausländer mit den eigenen Bürgern, Einführung des 24-Stundentags in Eisenbahn-, Schiffs- und Luftverkehr. — Die in den letzten Wochen abgeschlossenen internationalen Industrieabkommen werden begrüßt und ihre Ausdehnung empfohlen. Weiter wird die Schaffung einer ständigen Zoll- und Handelskommission unter dem Schutz des Völkerbundes verlangt. Das internationale Wirtschaftsmanifest wird gebilligt, und die Denkschrift als eine Auslegung des Aufrufs bezeichnet.

Wie bei dem Manifest, handelt es sich auch hier zunächst nur um Forderungen und Wünsche, deren Verwirklichung von der Politik der europäischen Staaten abhängt. Trotzdem hat die Denkschrift eine größere Bedeutung. Sie zeichnet sich durch praktische Vorschläge aus und wird, wie bereits betont, auch den Völkerbund und die für 1927 geplante internationale Wirtschaftskonferenz beschäftigen.

Landwirtschaft und Wirtschaftsmanifest.

Ueber die Stellung der Landwirtschaft zu dem internationalen Wirtschaftsmanifest machte der Präsident des Reichslandbundes auf einer Versammlung in Halle interessante Ausführungen. Rebner meinte, man könne nicht, wie dies teilweise geschehen sei, die Landwirtschaft ohne weiteres als einen Angriff gegen die in Deutschland bestehenden landwirtschaftlichen Verhältnisse ansehen. Sollte aber bei einem Teil der Unterzeichner die Auffassung bestehen, daß man durch internationale Traktatbestimmungen an Stelle von Zollschutz für landwirtschaftliche Produkte die Arbeiter in Deutschland billiger ernähren könne und dadurch in der Industrie auch billiger produzieren, so sei dies ein verhängnisvoller Trugschluß. Auf den schwer zu bewirtschaftenden Landstrecken würde dann kein Mensch mehr den unrentabel gewordenen Anbau fortsetzen, und weite Strecken jetzt noch fruchtbarer Ackerlandes würden sich in Wald oder Heide verwandeln. Damit würde Deutschland von den großen Getreideproduzenten Amerika, Kanada und Rußland abhängig, und zu den Arbeitslosen der Industrie kämen dann noch Hunderttausende von beschäftigungslosen Landarbeitern.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. Oktober 1926.

— Der Reichstagsausschuss für Verkehrsangelegenheiten nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Anagnahme vollwirtschaftlich begründeter Kanalbauten, deren Nutzen zu dem Kostenaufwand in einem günstigen Verhältnis steht, verlangt wird.

— In einer Versammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises Koblenz-Trier setzte sich der Reichstagsabgeordnete v. Gueraud für die große Koalition ein.

— Reichstagsminister Dr. Redtsch hatte mit namhaften Künstlern eine Aussprache über die künstlerische Gestaltung des Reichstagsgebäudes.

— Wegen des früheren Oberstaatsanwalt Dr. Linde ist wegen seines Verhaltens in den Strafsachen Antister, Garmat und Hoefle ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

— Unter harter Beteiligung wurde in Weimar der erste Deutsche Beamtenhochschultag eröffnet.

— Ausschussberatungen im Landtag. Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags wird in der kommenden Woche zusammentreten und Anträge beraten, die die Erwerbslosenfürsorge, Einbeziehung bestimmter Arbeiten in das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Kredithilfe für den Mittelstand betreffen. Der Rechtsausschuss wird ebenfalls Sitzungen abhalten und darin die Justizvorgänge in Magdeburg und die damit zusammenhängenden Anträge behandeln.

— Ein Telegramm aus Doorn. Ein bekannter Berliner Vertreter einer amerikanischen Zeitung hat den früheren Kaiser um eine Mitteilung über die Rückkehrgerüchte ersucht und darauf folgende Antwort aus Doorn erhalten: „Ueber ein Ereignis, das Seine Majestät der Kaiser dem Willen der Vorsehung anheimgestellt haben, kann selbstverständlich keine Auskunft erteilt werden. Auf Allerhöchsten Befehl Graf v. Schmettow.“

— Hilfe für Niederschlesien. Der Ausschuss des Reichstags nahm einen Antrag an, in dem die Provinz Niederschlesien als gefährdetes Ostgebiet anerkannt wird. Die Provinz sei durch Gebietsverluste und Zerrüttung wirtschaftlicher Zusammenhänge geschädigt und bedürfe besonderer Fürsorge und materieller Unterstützung.

Rundschau im Auslande.

— Die im Zusammenhang mit der Selbstverwaltungs-bewegung in Nordschleswig verhafteten Offiziere der Gar-nison Tondern sind freigelassen worden.

— Die Regierungserklärung der deutsch-tschechischen Prager Regierung wurde mit 159 gegen 113 Stimmen gebilligt. Dr. Kravarsch hatte sich der Abstimmung ent-halten.

— Das französische Handelsministerium erklärt, die fran-zösischen Unterzeichner des Wirtschaftsmanifestes hätten eine durchaus unabhängige Note unterzeichnet. Diese könne nicht als einseitiger Vorbehalt abgetan werden.

— Der aus den indischen Grenzstrichen bekannte eng-lische Feldmarschall Baret ist in London im Alter von 60 Jahren gestorben.

Das Programm Dr. Seipels.

— Wie erwartet, hat der österreichische Nationalrat dem neuen Kabinett Seipel zugestimmt. Für die Regie-rung wurden 91 Stimmen abgegeben, dagegen 69. In seiner Programmrede äußerte sich Dr. Seipel in warmen Worten zu der unter Dr. Kamel erzielten Annäherung zu Deutschland. Diese Politik solle fortgesetzt werden. Weiter erklärte der Bundeskanzler, das finanzielle Gleichgewicht unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Bemerkens-wert ist noch die Ankündigung eines neuen Wahlsystems. Das „Unvereinbarkeitsgesetz“, das bestimmt, daß ein Poli-tiker sich nicht an Geschäfte beteiligen darf, soll erpänt werden.

Die britische Reichskonferenz.

— Der erste eigentliche Arbeitstag der britischen Reichs-konferenz wurde mit einer Antwort des Königs auf die Ge-genheitsadresse eröffnet. Danach hielt der Außenminister Chamberlain eine große Rede über die Gesamtsituation des britischen Reiches. Seit der letzten Konferenz habe sich das Weltbild wesentlich verändert und der Horizont ver-klärt. Aufgabe der Konferenz sei es, die Stellung der Dominien zu der englischen Außenpolitik festzulegen. Nach dem Außenminister antworteten die Vertreter der Domi-nien. — Erwähnung verdient noch, daß der Präsident der irischen Freiligaes der am Tage zuvor vorgenommenen Zeremonie der Einweihung der Gefallenen-Gedenktafel nicht beigewohnt hat.

Wien und Völkerverkonferenz.

— Auf Wunsch Vitauens beschäftigte sich die Völkerverkonferenz in Wien auch mit der Frage einer Neuver-teilung der polnisch-litauischen Grenze. Wie verlautet, soll der Standpunkt der Völkerverkonferenz ein ablehnender sein. Es wird darauf verwiesen, daß Vitauen das Abkommen vom November 1922 anerkannt habe und demselben von England, Italien, Frankreich und Japan zugestimmt wurde und daß daher an dem Status quo nichts zu ändern sei.

Washington erteilt Ratsschläge.

— Das Schyamt in Washington bezeichnet das Wirt-schaftsmanifest noch einmal als eine rein europäische An-gelegenheit; ebenso sei das amerikanische Zollsystem eine Sache, die nur Amerika angehe. Das gegenwärtige Zoll-system habe Amerika eine Wirtschaftskrise gebracht. Darum dürfe an diesem System nicht gerüttelt werden. (1) Was eine Herabsetzung der europäischen Zolltarife betreffe, könne eine solche nur günstige Folgen haben. Eine Herabsetzung der Zolltarife wäre jedoch mit großen Schwierigkeiten ver-bunden, da Frankreich nicht eingestehen wolle, daß die vielen Zollfragen in Europa eine Folge des Versailler Ver-trages seien.

Stegerwalds Programm.

Eine Rede über die Ziele deutscher Politik. Auf dem Münsterländer Bauerntag der Zentrumspartei erstattete der

Ministerpräsident a. D. Stegerwald

ein Referat über die politische Lage. Rebner bezeich-nete die deutsch-französische Annäherung als Kernfrage der europäischen Verständigung. Ohne die Erfüllungspolitik Dr. Witts sei eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen. In der Innenpolitik herrsche große Verwirrung. Das gegenwärtige parlamentarische System sei ebenso unmöglich wie der alte Obrigkeits-staat. Wenn es nicht gelänge, mehrere Parteien zu einer tragfähigen Koalition zusammenzuführen, bliebe nur noch die Möglichkeit einer Annäherung an die Regierungssysteme der Schweiz und Amerikas.

Für die nächste Zeit sei die Große Koalition im Reich die richtige politische Kräftegruppierung. Das Zentrum habe nach rechts und nach links zu denken. Sein Ziel sei die Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Das aber könne es nur mit einer wechselnden Koalition erreichen. Ein Teil seiner Bekrebnngen müsse das Zentrum mit der Rechten, einen anderen mit der Linken verwirklichen.

Minister Rätz zur Außenpolitik.

Gute Worte aus Frankreich.

Ebenso bildeten Außen- und Innenpolitik den Hauptgegenstand eines Vortrags, den der Reichsinnen-minister Dr. Rätz auf einer Wahlversammlung in Dresden hielt. Dr. Rätz erwähnte dabei den Stim-mungsumschwung, der sich in Frankreich nach der Seite des Friedens hin vollziehe, und der besonders durch ein Memorandum ersichtlich gemacht sei, das 50 Par-teigruppen der Radikalen in Bordeaux verfaßt hätten. Darin fanden sich die Sätze:

„Wir sind Anhänger einer sofortigen Räumung des linken Rheinufers und der Rückgabe des Saar-gebietes unter der Bedingung, daß Deutschland durch Transferierung gut fundierter Werte Frankreich hilft, die Befriedigung seiner inneren und äußeren Gläu-biger zu erleichtern.“ Weiterhin heiße es noch — „lassen wir auch eine Revision des Versailler Ver-trages ins Auge und ganz besonders die Befestigung des polnischen Korridors und die Rückkehr Danzigs zu Deutschland unter dem Vorbehalt, daß Polen ge-sicherte Handelswege ans Meer erhalte und daß die von Polen bewohnten Gebiete der Polnischen Republik verbleiben.“

Es sei zu wünschen, daß diese Gedankengänge weiter an Boden gewinnen. — In der Innenpolitik forderte auch Dr. Rätz eine Zusammenfassung der poli-tischen Kräfte. Die Parteien der Mitte seien der Kristallisationspunkt dieser Arbeit. Jede Unter-stützung, ob sie von rechts oder links komme, sei gleich wertvoll.

Hauszinssteuer und Baumarkt.

Der preussische Finanzminister für eine Senkung der Steuer. — Keine plötzliche Mietssteigerung.

Der preussische Wohlfahrtsminister hatte vor ein-igen Wochen einen privaten Aufruf veröffentlicht, in dem er eine Behebung der Bau-tätigkeit forderte. Die dazu erforderlichen Mittel sollten durch eine 30pro-zentige Erhöhung der Mieten ausgebracht werden. Mit diesem Aufruf hat der Minister wenig Anklang ge-funden. Später machten die Kommunalverbände einen weit vorteilhafteren Gegenvorschlag. Darin wurde aus-geführt, daß der Baumarkt auch ohne eine Erhöhung der Mieten oder der Hauszinssteuer belebt werden könne. Man brauche zur Bauleihen aufnehmen und die Hauszinssteuer für den Rinsen- und Tilgungsdienst

Beilage zur Weisheit-Zeitung

Nr. 247

Freitag, am 22. Oktober 1926

92. Jahrgang

Die neuen Briefmarken.

Vor wenigen Tagen sind die neuen, lange erwarteten Postwertzeichen ausgegeben worden. Die Entstehungsgeschichte dieser Marken reicht schon mehrere Jahre zurück. Der Gedanke, Marken mit den Köpfen berühmter deutscher Männer zu schaffen, tauchte zuerst auf, als der Wettbewerb des Jahres 1920 keine befriedigende Lösung der deutschen Briefmarken gebracht hatte. Bei einer Besprechung zwischen den beteiligten Dienststellen und dem Reichskunstwart im Frühjahr 1923 wurde diese Absicht planmäßig festgelegt und zum erstenmal in die Wirklichkeit umgesetzt, als die Deutsche Reichspost im Frühjahr 1924 zur 50jährigen Feier des Weltpostvereins Marken mit dem Bildnis seines Gründers, des Generalpostmeisters Stephan, schuf. Die

Stephanmarken fanden neben den vorübergehend in Geltung gewesenen Marken mit den Bildern der Wartburg und des Kölner Doms bei der Bevölkerung großen Anklang. Dieser Erfolg veranlaßte das R.P.M., die Vorarbeiten für die Schaffung weiterer Kopfmarken in Angriff zu nehmen.

Der Leitgedanke dabei war, dem deutschen Volke wie dem Auslande die hervorragendsten Vertreter deutscher Art und deutscher Geistesgröße im Bilde vorzuführen. Um dem ganzen Werke die nötige Geschlossenheit zu geben, wurden Männer aus der Kulturrepoeche der deutschen Klassik gewählt, nämlich Bach, Beethoven, Goethe, Friedrich der Große, Kant, Leibniz, Lessing und Schiller, außerdem, um auch einen der größten Maler der deutschen Vergangenheit im Markenbilde zu verherrlichen, Dürer, der freilich zeitlich nicht diesem Jahrhundert angehört. Mit dem Entwurf für den äußeren Rahmen wurde auf Vorschlag des Reichskunstwartes der Berliner Graphiker Lucian Pabel beauftragt.



Die Marken werden in zehn Werten herausgegeben, so daß für jeden Wert ein besonderer Kopf verwendet werden konnte, nur Goethe ist zweimal vertreten, auf der 3-Pf.-Marke und, um diesen Dichtersfürsten auch dem Auslande zu zeigen, auch auf der 25-Pf.-Marke.

Der Wert von 60 Pf. ist weggelassen worden, weil er bei den gegenwärtigen Gebührentarifen nur selten gebraucht wird. Dafür sind zu den jetzigen Werten neu hinzugekommen die Marken zu 15 und 25 Pf., die für den Weltpostverkehr nötig sind und von der Geschäftswelt schon lange gewünscht werden. Auch die Farben der Werte haben zum Teil eine Veränderung erfahren, erstens, weil die Farben einzelner Werte im Auslandsverkehr durch den Weltpostvertrag vorgeschrieben sind, und zweitens, weil die Bildnisse in matten Farbtönen nicht zur Geltung kommen; es wurde deshalb bewußt von den zarten zu kräftigen Farben übergegangen. Da aber die Farben rot und blau seit dem Bestehen des Deutschen Reichs immer für die Marken des einfachen und des doppelten Inlandbriefs üblich gewesen sind, wollte das Reichspostministerium von dieser Gepflogenheit nicht gern abweichen. Deshalb sind die Marken zu 10 und 15 Pf. in rot, die Marken zu 20 und 25 Pf. in blauem Farbton gehalten. Die Farben weichen aber so stark voneinander ab, daß sie auch bei künstlicher Beleuchtung gut unterschieden werden können. Uebrigens ist die Unterscheidung dadurch gegeben, daß die Marken verschiedene Köpfe zeigen. Entscheidend für die Verteilung der Köpfe auf die einzelnen Werte war, wie die Bildnisse in den verschiedenen Farben wirkten.



Im einzelnen sind die Köpfe und Farben folgendermaßen verteilt: 3-Pf.-Marke (braun) Goethe, 5 Pf. (grün) Schiller, 10 Pf. (farmin) Friedrich der Große, 15 Pf. (zinnober) Kant, 20 Pf. (rahlblau) Beethoven, 25 Pf. (blau) Goethe, 30 Pf. (olkgrün) Lessing, 40 Pf. (violett) Leibniz, 50 Pf. (braun) Bach, 80 Pf. (dunkelbraun) Dürer. Wir geben die neuen Marken im Bilde wieder.

Gleichzeitig mit den Marken sind auch gewöhnliche und Antwortpostkarten zu 5 Pf. und Weltpostkarten zu 15 Pf. hergestellt und ausgegeben worden. Da die gelbliche Farbe des bisherigen Postkartenpapiers die Bildnisse vollständig verändert erscheinen ließ, wurde für die Postkarten künftig Steifpapier von weißlicher Farbe verwendet. Es ist beabsichtigt, alle bisherigen Postwertzeichen der Pfennigwerte aufzuheben und nach einer angemessenen Zeit außer Kurs zu setzen. Die bisherigen Weltpostkarten werden zurückgezogen werden, sobald genügende Mengen der neuen Karten gedruckt sind.

Aus Stadt und Land.

Einfall eines jugendlichen Abenteurers. Einen ebenso merkwürdigen wie sträflichen Streich lieferte ein 12 Jahre alter Knabe aus Komotan, der, vom Reisesieber gepackt, eine Fahrt nach Aussig unternahm. Der Junge erschien zum Frühzuge mit einem großen Reflektorschirm aus Blech und war plötzlich verschwunden. In Duz bemerkte ein Schaffner etwas Glänzendes unter dem ersten Personenzug. Man sah nach und fand den Knaben. Dabei ging das siedeheiße Dampfrohr über den Kopf, der eilige Aufzug traf den Burschen, aber dies alles tat ihm so wenig wie die Stellenweise aufgerissene Strecke. Dabei hätte er bei jedem Wehsel das Leben eintauschen können. Als man den Jungen erwischt, war er untröstlich, daß ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht und sein sofortiger Abschied in die Heimat veranlaßt wurde.

Vom Tanzwahnjinn befallen. Einer Pariser Meldung zufolge hat jetzt der französische Refordänzer Nicolas in Toulouse seinen eigenen Rekord von 146 Stunden geschlagen. Nicolas hat vom 9. Oktober ab ununterbrochen bis zum 17. Oktober um 12 Uhr nachts getanzt und somit seine „Leistung“ auf 192 Stunden erhöht.

Vulkanausbruch in Japan. Nach einer Meldung aus Tokio fand ein Ausbruch des Vulkans Hotsuido im Bezirk Tarumayo statt. Große Säulen schwarzen Rauchs stiegen zu beträchtlicher Höhe auf, und Asche fiel in einem Umkreis von mehreren Meilen nieder. Die Städte Tamakomai und Herebetsu wurden sechs Zoll tief damit bedeckt. Verschiedene kleinere Ausbrüche und Erdstöße folgten. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Wie neuerdings aus Kopenhagen verlautet, sollen während des letzten orkanartigen Sturmes insgesamt 60 dänische Fischer das Leben eingebüßt haben.

Herbstgefühl.

Der Buchenwald ist herbstlich schon gerbet,
so wie ein Kranke, der sich neigt zum Sterben,
wenn flüchtig noch sich seine Wangen färben;
doch Rosen sind's, wobei kein Lied mehr flötet.

Das Bäcklein zieht und riefelt, kaum zu hören,
das Tal hinab, und seine Wellen gleiten,
wie durch das Sterbegemach die Freunde schreiten,
den letzten Traum des Lebens nicht zu stören.

Ein trüber Wandrer findet hier Genossen,
es ist Natur, der auch die Freunde schwanden,
mit seiner ganzen Schwermut einverstanden.
Er ist in ihre Klagen eingeschlossen.

Nikolaus Lenau.

Das Fest der Ueberraschungen.

Von Joh. von Kunowski.

(Nachdruck verboten.)

Joachim Möbes war ein Mann, der sich stets nach der neuesten Mode kleidete, der auf Neuherlichkeiten großen Wert legte und daselbe auch von so, seiner jungen Frau, erwartete. Er, glattrasiert, Knickerbockers — sie, seidenen Bubenkopfs und das Kleid ganz demselben, bildeten sie beide ein Paar, das sich in der eleganten Welt wohl sehen lassen konnte. Bekümmerte Unabhängigkeit und ein Leben, das sonst an Wichtigkeiten ziemlich arm war, ließ die beiden jungen Leute ganz aufgehen im ängstlichen Nachhaken der neuesten Modeschöpfungen und ließ sie dabei glücklich und zufrieden sein.

In der letzten Zeit aber hatte Joachim Möbes geheimen Kummer. Der Bart sollte wieder modern werden, Silbgrößen trugen ihn schon, in Modejournalen sah man erste Abbildungen und tiefgründige Abhandlungen über das Schnurrbartproblem, es gab also keinen Zweifel, man trug wieder Schnurrbart! Und von dieser Erkenntnis bis zu dem Entschluß, sich auch selbst wieder ein Bärtchen setzen zu lassen, war für unseren Modehelden nur ein Schritt.

Aber die Ausführung, die Ausführung! Gewiß, das Wachsen besorgte ja glücklicher Weise der Bart von allein, aber die Uebergangszeit! Joachim erschauerte bei dem Gedanken, mit den ersten sprossenden Stoppeln sich auf der Straße oder gar vor so, sehen zu lassen. Bei einem Manne wie ihm, schuf die Lösung dieses Problems schlaflose Nächte, am dritten Tage aber gläubte er die Lösung gefunden zu haben und betrat

gegen Mittag das Ankleidezimmer seiner angebeteten so.

Und die kleine, modische Frau sah vor dem Spiegel, blätterte nervös in Modejournalen, salierte zornig die weiße Stirn und schien in nicht minderer Verwirrung als gestern der Gatte. Keine Miene aber verriet, was sie kummervoll bewegte, als sie jetzt den Worten des eintretenden Joachim lauschte.

Er erzählte etwas von einer dringenden Reise, die er machen müßte, und die ihn für einige Wochen fernhalten würde. War die Begründung dieser plötzlichen Exkursion zwar auch keineswegs besonders überzeugend, so verzichtete Frau so aus einem plötzlichen Einfall heraus doch auf irgendwelche Einwände, die sie sonst sicherlich gemacht hätte.

Stolzgeschwellt über seine vermeintliche Schauspielerei beugte sich Joachim abschiednehmend tief über ihre kleine, weiße Hand, während ganz heimlich in ihren Augen ein kleines, spitzbüßiges Lächeln stand.

Irgendwo in einem kleinen Garzest ließ Joachim seinen Schnurrbart sprießen. Er schlief bis in den Mittag hinein, nahm die Mahlzeiten auf dem Zimmer und wachte sich nur mit dem frühen, herbstlichen Dämmern hinaus ins Freie.

Endlich aber war das Werk gelungen; kleine Bäckchen, Bärtchen und Pomadeflatons hielten ihren Einzug in sein Reisesecessaire, und selbstbewußt, nun ganz wieder auf der Höhe zu sein, bestieg Joachim Möbes den Zug.

Durch ein Telegramm benachrichtigt, erwartete Frau so den Gatten. Nichts mehr war in ihrem Gesichtchen von einer Kümmeris zu lesen, wie an jenem Abschiedsmorgen. Und als Joachim kam, lag sie an seiner Brust, und wie eine Weichte kam es von ihren Lippen, daß sie nicht mehr den Bubenkopf hatte tragen wollen, der doch nicht mehr letzte Mode gewesen, daß sie schon vor seiner Reise heimlich vorgeforgt hätte, und daß nun die letzten Wochen ihr Wert mit Erfolg gekrönt hätten.

Nichtig, als Joachim sich über ihr Köpfchen beugte, da zeigte sich halblang, geschickt um eine Spange gelegt, wieder erste, blonde Bärtchen, die sich widerwillig in die Lüfte bäumten.

Frau so war modern, norbei war der Bubenkopf; doch als sie sich aufschaut, da sah sie — sah in ihres schönen Joachim Antlitz, seidenweich, strich schmal — ein Bärtchen, das schmiegfam sich dem Zug des Mundes anlehnte!

Das war ein Entzücken! Eins überraschte den anderen, und ein Kuß unter dem wohlparfümierten, himmlisch seidenen Bärtchen — so war einfach begeistert!

Gemeinsam traten die Glücklichen vor den hohen Spiegel, müterten sich gegenseitig wieder und wieder und beschloßen, diesen einzigen Festtag gelungener Ueberraschungen gebührend im Klub zu feiern.

Mühlsteine als Geld.

Geld, das buchstäblich auf der Straße liegt.

Das sonderbarste Geld der ganzen Welt ist ein Steingeld, das auf der früheren deutschen Karolineninsel Jap gebräuchlich ist. Der Stein, aus dem das Geld gemacht wird, besteht aus gelblich-weißem, kristallisiertem Kalkpat, der auf der Insel Jap selbst nicht vorkommt, dagegen auf der Nachbarinsel Palau gefunden wird. Dort wird er von den Jap-Beuten gebrochen und zu runden, in der Mitte durchlöcheren Scheiben behauen. Die Größe dieses Geldes wechselt zwischen einem Handteller und mächtigen Mühlsteinen bis zu 1 1/2 Meter Durchmesser.

Das Loch in der Mitte dient dazu, die Steine fortbewegen zu können. Bei den kleinen Sorten führt



Der Verkehrspolitist aus Holz.

Um die Aufwendungen für die Unterhaltung eines lebenden Verkehrspolitisten zu ersparen, ist die Gemeinde Friedersdorf in der Mark Brandenburg kürzlich auf den Gedanken gekommen, einen — hölzernen Verkehrspolitist in der Nähe einer gefährlichen Wegkreuzung zu errichten. Die Nachbildung nach dem lebenden Original ist vorzüglich gelungen, so daß man schon von weitem auf den unermüdeten Holzpolitist, der die Gemeindefasse nur mit einer einmaligen Ausgabe belastet hat, aufmerksam wird.

